

Eröffnungsrede des Vorsitzenden des PhVSA, Dr. Mannke, anl. des Wahlvertretertages 2011

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Melanchthons Spuren sieht man bei jedem Blick auf ein Gymnasium: In Nürnberg gründete Melanchthon 1526 eine Obere Schule – sie ist das Urbild jedes Gymnasiums. Den Menschen Bildung nahe zu bringen, war ihm ein Grundanliegen und nach seiner Überzeugung das einzige Mittel gegen Barbarei und gegen Kriege. Uwe Birnstein glaubt: "Wenn man Melanchthon heute zu unserer Bildungssituation interviewte, würde er sicher sagen: 'Investiert nicht in irgendwelche Firmen oder in die Wirtschaft – investiert in Bildung!'"

Melanchthon plädierte immer wieder nachdrücklich dafür, Bildung einem jeden in dem ihm zuträglichen Maße zu gewähren, welchen Standes er immer auch sei.“ Diese Überzeugung gilt auch als Maxime der Gymnasiallehrgewerkschaft.

Der Philologenverband Sachsen-Anhalt beging im vergangenen Frühjahr sein 20jähriges Bestehen und er hat sich als wichtiges bildungs- und berufspolitisches Steuerelement im schweren Fahrwasser der konfliktreichen Auseinandersetzungen um gute Schule und notwendige Arbeitsbedingungen für unsere Lehrerinnen und Lehrer erwiesen. Seinerzeit gegründet von Visionären der ersten Stunden nach der friedlichen Revolution um Werner Eckard Böhm und Dieter Wrobel, ist der Verband zu einer starken Fachgewerkschaft gewachsen, die im Frühjahr 2010 von zwei Dritteln der Lehrerschaft an Gymnasien in die Personalräte gewählt wurde. erinnert sei an dieser Stelle besonders an die zahlreichen Streik- und Protestaktionen für angemessene Tarifabschlüsse, in denen Hunderte Philologen die Mär von den arbeitskampfscheuen Gymnasiallehrern widerlegten, für deren Interessen angeblich andere Gewerkschaften die Kastanien aus dem Feuer holen müssen. Knapp 22 Jahre nach der Wiedervereinigung, am 1. August 2012, wird die tarifliche Gleichstellung mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Altbundesgebiet erfolgt sein, aber damit ist die dienstrechtliche Gleichberechtigung zwischen Ost- und Westdeutschen noch immer nicht hergestellt, denn nach wie vor sind nicht alle Lehrerinnen und Lehrer, die das wollen und das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, verbeamtet und nach Lage der Dinge wird das auch nicht mehr in dem von uns gewünschtem Maße geschehen. Nun mag man über die Verbeamtung der Lehrerschaft unterschiedlicher Auffassung sein, aber: Im Sinne der Gleichberechtigung müssen alle Lehrerinnen und Lehrer diese Chance bekommen, egal, ob sie in Wittenberg oder in Göttingen arbeiten.

Eine so arbeitnehmerfreundliche Altersteilzeitregelung, wie sie im TV-ATZ für die Jahrgänge bis 1954 ermöglicht wurde, ist längst nicht mehr in Sicht, weil kaum noch auf Lehrkräfte verzichtet werden kann. Es ist bekannt, dass es in Zukunft Lehrermangel geben wird, hauptsächlich in den so genannten MINT- Fächern. Seit den neunziger Jahren forderte der Philologenverband immer wieder ein weitsichtiges Personalkonzept in allen Bundesländern, um dieser bedrohlichen Entwicklung entgegenzuwirken: Ziemlich vergeblich. Immer wieder wurde kurzfristig nach Haushaltslage entschieden und erst 2008 veranlasste unsere Landesregierung eine Erweiterung des Einstellungskorridors für Referendare und junge Kolleginnen und Kollegen, die oft bei uns eine vorzügliche universitäre und Referendariatsausbildung genossen haben, um dann auf Nimmerwiedersehen in andere Bundesländer gehen, um den Lehrernachwuchs dort zu verstärken. Das sind Ressourcenverschwendungen, die sich kein Bundesland auf Dauer leisten kann.

In nicht allzu ferner Zukunft wird ein anderes Problem akut: Nach dem demografischen Einbruch der neunziger Jahre folgt ab den frühen zwanziger Jahren des 21. Jahrhunderts das so genannte demographische Echo mit verheerenden Folgen: Wurden 1986 auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt 41.000 Kinder geboren, waren es im vergangenen Jahr noch 17.300 und die Zahl der Geburten im Jahre 2025 wird auf 8-9000 geschätzt. Es liegt

auf der Hand, dass das Schulnetz weiter ausgedünnt wird und schmerzliche Entscheidungen über Standortschließungen unumgänglich sind. Insofern muss in bevölkerungsarmen Regionen nach Alternativen gesucht werden, um gymnasiale Angebote ohne unzumutbare Fahrwege für unsere Schülerinnen und Schüler vorzuhalten. Vorstellbar sind kooperative Modelle. Die neue Verbandsspitze des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt wird in einer Klausurtagung darüber beraten und dem Kultusministerium noch in diesem Jahr ihre Vorstellungen darlegen. In der Gemeinschaftsschule sehen wir allerdings kaum eine Perspektive, denn gemeinsames längeres Lernen und damit verbundene Binnendifferenzierung in Klassen mit bis zu 29 Kindern oder Jugendlichen kann aus pädagogischer Sicht nicht verantwortet werden und löst auch das Problem der hohen Schulabbrecherquote nicht. Wir unterstellen den politischen Parteien, dass sie ehrlichen Herzens gewillt sind, allen Kindern optimale Bildungsperspektiven zu ermöglichen, wie es die LINKE in ihrem Grußwort formuliert. An den Wegen dorthin scheiden sich die Geister und die verhärteten Positionen werden seit Jahrzehnten unversöhnlich in einem Kulturkampf ausgetragen. Eine Wahrheit bleibt: Wohlmeinende theoretisch formulierte und gerechtigmoralisch orientierte Kernthesen können meist nicht der täglichen Unterrichtspraxis standhalten. Wenn die Bündnisgrünen formulieren: *„Unser Bildungssystem muss daher so gestaltet sein, dass für alle Kinder das Ziel der Hochschulzugangsberechtigung ins Visier genommen wird und gleichzeitig alle Fähigkeiten, von den naturwissenschaftlichen zu den sprachlichen, von den musischen zu den handwerklichen Fähigkeiten, gefördert werden“*, dann wird damit das begabtgerechte gegliederte Schulsystem abgelehnt, die Anthropologie des menschlichen Individuums ignoriert und die Illusion genährt, wir könnten in Deutschland finnische Bildungsverhältnisse installieren.

Die CDU und die SPD haben sich klar für den Erhalt der Gymnasien ausgesprochen. Bei den Christdemokraten löst die offizielle Abkehr dieser Partei von der Hauptschule und die Einführung der Oberschule nicht ungeteilte Freude aus. So stehen die Landesverbände in Hessen und Sachsen-Anhalt der Bundespolitik skeptisch gegenüber. Im Grußwort der Sozialdemokraten heißt es dazu, dass es zur Mitte der Legislaturperiode die Möglichkeit geben wird, auf freiwilliger Basis Gemeinschaftsschulen aufzubauen, um u.a. damit den Folgen des demografischen Wandels zu begegnen. Ausdrücklich heißt es aber: *„Die Einführung dieser neuen Schulform wird nicht, wie von Ihnen befürchtet, dazu führen, das Gymnasium abzuschaffen.“* Eine gegenteilige Forderung gliche einem politischen Vabanquespiel, denn das Gymnasium wird von 89% der deutschen Bevölkerung als Bildungseinrichtung, die zum Abitur führt, akzeptiert. Die Frage ist deshalb zu stellen, wo in unserer reich facettierten Schullandschaft, die für jede Begabung Angebote bereithält, eine solche Gemeinschaftsschule ihren berechtigten Platz finden soll und man muss den Lehrerinnen und Lehrern der Sekundarschulen auch erklären können, inwieweit die Einführung von Gemeinschaftsschulen ihre Schulform nicht existenziell bedroht.

Sie sehen, es wird weiterhin viel Diskussionsbedarf geben und der Philologenverband setzt weiterhin auf den offenen von sachlichen Friktionen nicht freien Dialog mit allen demokratischen Parteien und der Landesregierung.